

# **Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie**

## **Eine betroffene Genossin berichtet**

Im Frühjahr 2017 wurde ich von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte ich drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu

unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und meine Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern. Diese mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der\_die Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative Weise immer noch als „Keimzelle der Gesellschaft“ betrachtet wird, behindert die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren. Dadurch bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance, meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der\_die Jugendliche berichtet. Im schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen. Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien,  
in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist  
unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der  
Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf.  
Nur  
ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man  
dann  
das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor  
dem  
Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen  
Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen  
unterscheiden  
sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden  
nicht  
direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von  
sogenannten freien  
Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese  
bekommen  
pro Kind oder Jugendliche\_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu  
finanzieren.  
Davon werden dem\_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom  
Alter und  
Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkarten-  
und  
Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese  
Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich  
höchstens  
einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein  
Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne  
eine  
Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz  
Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man  
bekommt,  
kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern  
wird

gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer\_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer\_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel,

dass der\_die Betreuer\_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfang, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der\_die Betreuer\_In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in

Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes

Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine

Erstaussstattung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der

wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht

aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch

eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein

reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht

möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese

Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr

hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also

dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance

auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass

sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekariert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der

Wohngruppe mit Betreuer\_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich

der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in

der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen,

die ihrer Betreuer\_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst

keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben

aufgrund der

Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch

das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg\_Innen aus

Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich

mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich.

Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer\_Innen

so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines

Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich

meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden

Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die

Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr

Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie

die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern

aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden

können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche

Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog\_Innen und Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse.

Diese

Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es

ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen

kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für oder gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben oder mit welcher\_m Betreuer\_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen!

- Frühere rechtliche Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen Länder!
- Für das Recht auf gegenständliches Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!
- Für den Ausbau von Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie bleiben müssen, wer das nicht möchte!
- Für selbstverwaltete Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die Besteuerung der Reichen!
- Für ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht.

Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

- Massives staatliches

Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt

durch die Besteuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter\_Innenbewegung!

---

# **Internationales Revolutionäres Jugendcamp - Zusammen diskutieren, gemeinsam Aktionen planen**

Unsere internationale Organisation organisiert alle zwei Jahre ein  revolutionäres Jugendcamp. Jugendliche aus etlichen Ländern kommen zusammen um zu diskutieren, Aktionen zu planen und in solidarischer Atmosphäre internationale Bande zu knüpfen.

2013 wird das Camp vom 01. bis 04. August in Deutschland in der Nähe Berlins organisiert. In Workshops, Veranstaltungen, zentralen Versammlungen und gemütlich außerhalb des offiziellen Programms werden Aktivist\_innen über aktuelle Bewegungen, praktische und theoretische Themen diskutieren.

Im Zentrum werden natürlich die Krise des Kapitalismus und die Perspektiven revolutionärer Politik stehen. Doch es wird auch Diskussionen über allgemeine Themen von der Frauenbefreiung über die Jugendunterdrückung bis hin zu der Ökonomie des Kapitalismus geben.

Außerdem werden Genoss\_innen über die Situation und die Klassenkämpfe



aus unterschiedlichsten Teilen der Welt berichten. Aus Israel und Palästina, von den USA bis Lateinamerika, ob Syrien oder Griechenland, von der Mongolei bis China – als Internationalist\_innen solidarisieren wir uns nicht nur mit den Kämpfen, sondern versuchen auch darüber etwas in Erfahrung zu bringen, um aktiv einzugreifen.

Damit es nicht nur bei der Diskussion bleibt, organisieren wir auch immer Workshops zu praktischen Dingen. Wie halte ich eine Rede? Wie organisiere ich eine Demonstration oder ein lokales Aktionskomitee? Wie schreibe ich einen Zeitungsartikel? Solche und ähnliche Fragen wollen wir gemeinsam angehen.

Neben der Politik steht aber auch das Kennenlernen und der gemeinsame Austausch über Themen, die nur selten in der Tagespolitik Platz finden, im Vordergrund. Wir wollen feiern zu linker Musik und gemeinsam mit progressiven Künstler\_innen diskutieren.

Du hast noch nicht genug gehört? Dann wird es Zeit mehr zu sehen! Komm zum internationalen revolutionären Jugendcamp.

***Ein Artikel von Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin***

Anmeldung und Information

E-Mail: [germany@onesolutionrevolution.de](mailto:germany@onesolutionrevolution.de)

Telefon: 030-62 60 77 41

---

**Offener Brief an die**

# Bildungsstreikbewegung - Wie weiter nach dem 17. November?

*Dieser Text ist ein offener Brief an die Bildungsstreikbewegung sowie alle Aktivist\_innen, Organisationen und Basisgruppen, die sich solidarisch mit dieser Bewegung sehen. Wir bitten euch, falls ihr den Inhalt beziehungsweise die wichtigsten Ideen dieses Briefes teilt, ihn weiterzuverbreiten, in Foren oder auf euren Websites zu posten, euch auf die Unterstützer\_innenliste zu setzen und mit uns in Kontakt zu treten (über [germany@onesolutionrevolution.de](mailto:germany@onesolutionrevolution.de) oder über Kontakte zu unserer Mitgliedschaft), um gemeinsam mit uns zu diskutieren, wie wir die Ideen des Briefes umsetzen können.*

☒ Am 17. November fand im Rahmen der „Global Weeks of Education“, die vom 07.-20. November andauerten, nach zwei Jahren erstmals ein bundesweit angesetzter Streiktag der Bildungsstreikbewegung statt. Es formierten sich Bündnisse und Basisgruppen in etlichen Städten. In wohl über 35 Städten Deutschlands fanden Aktionen am 17.11. und darüber hinaus dezentrale Aktionen, wie z.B. die Besetzung eines Raumes an der HU sowie an der FU Berlins statt. Insgesamt gelang es der Bewegung mehrere zehntausend Schüler\_innen, Studierende und z.T. auch Beschäftigte zu mobilisieren.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die begonnenen Massenentlassungen wie bei Siemens und e-on, sowie die europaweite Verabschiedung von Sparhaushalten sich fortsetzen werden. Die in Deutschland geltende Schuldenbremse tut ihr übriges hinzu. So wurden jetzt in Brandenburg die Ausgaben des Landes für Bildung so drastisch gekürzt, dass sogar einige Schulleiter auf die Straße gingen. Bereits ohne die momentane Krise innerhalb der EU und der Weltwirtschaftskrise wären die Verhältnisse für die Jugend, insbesondere im Bildungssystem, schlecht.



Unsere Bewegung  
braucht zentren der  
Diskussion -  
Konferenzen, die  
Perspektiven  
diskutieren und sich auf  
verbindliche Aktionen  
einigen!

In der Mobilisierungsphase im September, Oktober und November haben sich in vielen Städten Streikkomitees, Initiativen und Bündnisse gegründet - etliche Organisationen und z.T. Gewerkschaftsjugenden wurden in die Mobilisierung integriert.

Wenn wir nicht nur in der einmaligen Mobilisierung, sondern auch als Bewegung erfolgreich sein wollen, dann müssen wir den Aktivist\_innen und Organisationen der Bewegung eine Perspektive geben! Diese muss auf einer bundesweiten Konferenz, die versucht so viele Vertreter\_innen wie möglich an einen Tisch zu holen, diskutiert werden. Auch die Fehler und Schwächen, die sich bei den Protesten im Herbst gezeigt haben, sollten wir dort offen ansprechen, um aus ihnen zu lernen. Wir schlagen daher vor, dass eine solche Konferenz Anfang 2012 in Berlin oder in Köln, den Zentren des Bildungstreiks vom 17.11., stattfinden sollte.



Wenn wir uns entschließen  
gemeinsam und dauerhaft für den  
Aufbau einer neuen Jugendbewegung  
zu kämpfen, es schaffen  
Jugendgewerkschaften und große  
Jugendorganisationen, wie SDS,  
Jusos oder Solid in die Aktion zu  
integrieren, dann können wir selbst  
die Erfolge von 2009 überbieten, als  
bundesweit 270'000

Demonstrant\_innen bundesweit auf  
die Straße gingen.

Wir sehen den 17.11. als Start - und nicht als Höhepunkt einer neu entstehenden Bildungs- und Jugendbewegung, die Proteste und Streiks 2012 organisieren kann. Insbesondere die neu entstehenden Krisenbewegungen in ganz Europa, Initiativen wie Occupy (Education) oder zunehmende Streikaktivitäten unter Arbeiter\_innen in anderen Ländern sind Ansätze für eine breite gesellschaftliche Bewegung, die sich entschlossen für die Bedürfnisse der Mehrheit (nach freier und solidarischer Bildung) einsetzen kann. Sie sind eine Chance, die wir nutzen müssen!

Daher fordern wir euch dazu auf, euch uns anzuschließen, den Brief und seine Ideen zu unterstützen, die lokalen Bündnisse nicht aufzugeben, sondern zu halten und auszubauen (speziell an der Basis von Uni, Schule und Ausbildungsplatz) und Anfang des nächsten Jahres gemeinsam mit uns über die Proteste 2012 zu diskutieren.

Unterstützer\_innen: Gruppe Arbeitermacht ([www.arbeitermacht.de](http://www.arbeitermacht.de)),  
Bildungspolitische Gruppe Rosenheim  
([bildungspolitischegruppe.blogspot.de](http://bildungspolitischegruppe.blogspot.de)), AK Bildung Potsdam (